



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### IX. Legislaturperiode

**Sitzung Nr. 35** vom 19. Mai 2008

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 bis 21.55 Uhr

---

**Leitung:** U. von Bidder

**Anwesend:** 38 Mitglieder

**Abwesend:** C. Fünfschilling, G. Köhler  
Gemeinderat: B. Gehrig, A. Schuler

**Protokollgenehmigung:** Das Protokoll der 34. Sitzung vom 21.4.2008 ist genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Urs von Bidder

Brigitte Christen

**Mitteilungen des Präsidenten: U. von Bidder:**

Am 25. April 2008 fand die Jahresversammlung des Rebberg-Vereins statt. Der Jahrgang 2007 konnte degustiert werden. Die Etikette wurde von Werner Preiswerk kreiert.

Am 26. April konnte bei schönstem Wetter der Binninger Märt abgehalten werden.

Der traditionelle Bannumgang fiel dieses Jahr mit dem 1. Mai und der Auffahrt zusammen.

Am 8. Mai hielt der Spitex-Verein seine Jahresversammlung ab und am 15. Mai war der Energietag. Den Energiepreis erhielt der Architekt Lukas Feiner.

**Mitteilungen aus dem Einwohnerrats-Büro:**

Ebenfalls am 15. Mai fand eine Büro-Sitzung statt. Der Entscheid der Besetzung der Fachbehörden wurde vertagt, bis der Gemeinderat seine Geschäftskreis-Zuteilung vorgenommen hat. Das Vize-präsidium im Einwohnerrat für das nächste Amtsjahr steht der FDP zu.

Zum Protokoll vom 21. April gingen keine Meldungen ein. Es gilt somit als genehmigt. In Zukunft werden die Mitglieder per Mail und dem entsprechenden Link über die Aufschaltung auf der Homepage informiert.

**Neu eingereichte persönliche Vorstösse:**

- Interpellation Grüne/EVP, SP: Sanierungsarbeiten auf dem Gelände der Firma Hacoba  
Gesch. Nr. 205

Der Vorstoss wird vorgelesen. Er geht zur Beantwortung an den Gemeinderat.

- Anfrage U.-P. Moos, SVP: Verteilung der Freikarten von Kulturinstitutionen - Wie war es wirklich?  
Gesch. Nr. 204 (vgl. Trakt. 6)

**Traktandenliste:**

1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2007 bzw. der Spezialkommission vom 4.4.2008:  
**Einführung einer freiwilligen Tagesschule** **173**
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.4.2008 und Bericht der GRPK vom 23.4.2008:  
**Revision von § 41 der Gemeindeordnung und § 25 Finanzreglement** **192**
3. Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.4.2008:  
**Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 59'000.— für eine Weihnachtsbeleuchtung an der Hauptstrasse** **134A**
4. Bericht / Antrag der GRPK vom 11.4.2008:  
**Gesundheitsförderung** **193**
5. Schriftliche Antwort des Gemeinderats vom 21.4.2008:  
**Interpellation SP: Was bezweckt das neue Reinigungskonzept?** **188**
6. **Anfrage von U.-P. Moos / Diverses**

**Traktandum 1****Geschäft Nr. 173**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2007 bzw. der Spezialkommission vom 4.4.2008:

**Einführung einer freiwilligen Tagesschule**

*Spezialkommissionspräsidentin S. Bräutigam:* Es fanden sechs Sitzungen statt. Mit dem Schulrat und der Schulleitung Primar und Kindergarten, dem Leiter der Stiftung Kinderbetreuung sowie mit der IG Elternschaft Spiegelfeld haben Anhörungen stattgefunden. Es war klar, dass die Tagesschulfrage nicht argumentativ mit der Aufhebung des Spiegelfeld-Schulhauses vermischt werden soll. Binningen mit seinen fünf dezentralen Primarschulstandorten und zusätzlichen Kindergärten befindet sich in einer besonderen Situation. Fest steht, dass kein Modell alle Bedürfnisse abdecken wird. Der Gemeinderat hat in seiner Vorlage zwei Varianten aufgezeigt; einerseits das integrale Tagesschulmodell und andererseits ein modulares Tagesbetreuungsmodell; letzteres war unvollständig ausgearbeitet und nicht befriedigend. In der Kommission waren die Meinungen geteilt. Die Minderheit sprach sich für das integrale Modell aus im Hinblick auf das pädagogische Konzept. Eine knappe Mehrheit wünscht ein modulares Modell, weil damit breitere Bedürfnisse abgedeckt werden können. Es sollen vorerst zwei Standorte angeboten werden, einer davon ist unbestritten das Meiriacker-Schulhaus. Beim Mühlematt-Schulhaus bzw. in der Nähe des bestehenden Mittagstischs sowie den Dorfschulhäusern muss der Gemeinderat weitere Standorte evaluieren, allenfalls auch in der ehemaligen Gemeindebibliothek. Mehrheitlich lehnt die Kommission einen Begleitsdienst ab, diesbezüglich haben die Eltern die Verantwortung zu übernehmen. Ausserdem soll auf Einlaufzeiten verzichtet werden. Das Modul soll von 12.00 - 18.00 Uhr durchgehend für alle Kindergarten- und Primarschulkinder angeboten werden. Vorzusehen ist, dass der Versuch während zwei Jahren läuft, danach wird Bilanz gezogen, ob weiterhin alle Module an allen Standorten angeboten werden. Einstimmig wurde beschlossen, dass die Buchung von mindestens zwei Mittags- und zwei Nachmittagsmodulen Voraussetzung zur Anmeldung sein muss. Vom Gemeinderat wird ausserdem erwartet, dass er in der neuen Vorlage die Kosten pro Standort detailliert darlegt. Mit diesen Vorgaben beantragt die Spezialkommission, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Eintreten:

*FDP: S. Kaiser:* Seine Fraktion befürwortet Betreuungsangebote für Erwerbstätige. Der Gemeinderat hat im November 2007 eine gute Vorlage zur Einführung einer freiwilligen Tagesschule gemäss CVP-Postulat unterbreitet. Als Alternative dazu wurde auch ein modulares System kurz aufgezeigt. Aufgrund der Anhörungen hat sich herauskristallisiert, dass ein dezentrales, modulares Modell den Bedürfnissen am ehesten entspricht. Für internatsähnliche Zustände von 08.00 bis 18.00 Uhr von Montag bis Freitag kann sich seine Fraktion nicht erwärmen. Ebenso wenig kommt nur ein Standort im Meiriacker in Frage. Mit den im Bericht zwingend vorgegebenen Rahmenbedingungen wird ausreichende Flexibilität erreicht, damit die Balance zwischen Kindern und Eltern und deren Verantwortung gewahrt bleibt.

Aus Sicht von *V. Dubi, SP*, geht es hier um ein ausserordentlich wichtiges Geschäft. Tagesschulen sind seit Jahrzehnten ein Kernthema ihrer Fraktion. Das entsprechende Konzept des Schulrats geht von einer Tagesklasse aus, bei welcher alle Kinder des gleichen Jahrgangs, allenfalls von zwei Jahrgängen kürzer oder länger betreut werden. Von internatsähnlichen Zuständen kann keinesfalls gesprochen werden. Ein grosser Teil der schulfreien Zeit wird gemeinsam verbracht, auch die Aufgaben werden erledigt, kurzum ein ganzheitlich pädagogisches Konzept. Der Gemeinderat hat dieses Modell aus Kostengründen reduziert. Er schlug vor, dass die Tagesschulklasse mit Schüler/innen aufgefüllt wird. Über dieses abgespeckte Modell wurde in der Spezialkommission diskutiert. Eine Mehrheit sprach sich dagegen aus. Beim nun zur Diskussion stehenden modularen Modell muss in Kauf genommen werden, dass die Kinder mehrmals den Standort wechseln müssen und dass unweigerlich Wartezeiten entstehen. Auch bedeutet dies einen grösseren Personalbestand. Deshalb ist ihre Fraktion gegen diese modulare Variante.

*CVP: A. Achermann:* Seine Fraktion stimmt dem Antrag der Spezialkommission auf Rückweisung des Geschäfts zu. Es zeigte sich, dass verschiedene Punkte noch nicht konsensfähig und verschie-

dene Lösungsvarianten zu prüfen sind. Innert angemessener Frist soll der Gemeinderat eine neue Vorlage zur Einführung einer freiwilligen Tagesschule unterbreiten.

*Grüne/EVP: B. Gürler* ist gegen die Rückweisung. Die Vorlage vom Oktober 2007 überzeugt ihre Fraktion nach wie vor, nicht zuletzt in finanzieller als auch pädagogischer Hinsicht. Zudem hätte noch dieses Jahr die Tagesschule eingeführt werden können. Das modulare Modell wird nicht à priori abgelehnt, aber die Entlastung von berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden ist nicht gegeben, weil die Begleitung am Mittag fehlt. Dieses System wäre die ideale Ergänzung zur Tagesschule. In seiner neuen Vorlage wird der Gemeinderat weitere Standorte aufzeigen; diese bedingen aber bauliche Veränderungen und/oder Miete von Räumlichkeiten. Zwangsläufig führt dies zu Investitionen. Interessant wird sein, ob alle, die heute für Rückweisung sind, denen zustimmen werden.

*SVP: E. Kohl* gibt bekannt, dass ihre Fraktion die Rückweisung für richtig hält. Das modulare Modell wird als genügend erachtet. Die Einführung einer Tagesschule soll schrittweise und in bescheidenem Rahmen erfolgen um herauszufinden, welcher Bedarf vorhanden ist. Mehrere Standorte sind wünschenswert. Begrüsst wird, dass eine Probephase von zwei Jahren vorgesehen ist. Weiteres folgt in der Detailberatung.

*FDP: M. Ziegler* stellt den Antrag, dass die unter dem Titel "Fazit" gestellten vier Auflagen in den Beschluss integriert werden, damit sie für den Gemeinderat verbindlich sind.

*SP: V. Dubi* fragt sich, ob dieses Vorgehen korrekt ist. Bei einer Rückweisung muss der Gemeinderat zwar eine neue Vorlage ausarbeiten, doch dass er sich an diese Vorgaben zu halten hätte, bezweifelt sie.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Joset* hat den Voten entnommen, dass die Ratsmehrheit grundsätzlich für eine Erweiterung der Tagesstrukturen und des bestehenden Angebots ist. Wie im Bericht und eingangs erwähnt, wird es nicht möglich sein, eine Variante vorzulegen, die alle Bedürfnisse und Wünsche abdeckt. Der Gemeinderat hat sich in seiner Vorlage strikt an das Postulat der CVP gehalten. Darin wurde gefordert, dass Unterricht, Freizeit- und Förderaktivitäten, Verpflegung und Hausaufgaben-Betreuung unter einem Dach stattfinden sollen. Der Schulrat hat verschiedene Standorte evaluiert. Es zeigte sich, dass nur das Meiriacker-Schulhaus ohne zusätzliche Infrastrukturkosten dazu geeignet ist. Aus finanziellen Überlegungen hat der Gemeinderat ein modifiziertes Modell vorgeschlagen, welches keinen separaten Klassenzug bedingt. Selbstverständlich wird der Gemeinderat alles daran setzen, die Forderungen der Spezialkommission möglichst zu erfüllen. Es werden verschiedene Varianten mit entsprechender Kostenfolge vorgelegt werden müssen.

#### Detailberatung:

*SP: V. Dubi* findet es äusserst bedauerlich, dass die Einlaufzeiten gestrichen wurden. Nicht alle Erwerbstätigen können erst um 08.30 Uhr ihre Arbeit aufnehmen. Daher wäre eine Betreuung mindestens ab 07.30 Uhr nötig. Bedenken bestehen auch gegenüber dem modularen Modell, weil die verschiedenen Aktivitäten nicht am gleichen Standort stattfinden. Letztlich ist es für die Eltern einfacher, anfänglich das Kind auf dem längeren Schulweg zu begleiten und abends dort abzuholen. Dass dadurch wesentlich mehr Autoverkehr entsteht, ist nicht anzunehmen. Positiv ist, dass alle Module während zwei Jahren angeboten werden sollen, um Erfahrungen sammeln zu können; ebenso, dass ein Eintritt bei vorhandenen freien Kapazitäten auch während des laufenden Schuljahrs zulässig ist sowie dass der Kindergarten miteinbezogen wird. Besonderen Wert legt ihre Fraktion darauf, dass qualifiziertes Personal eingestellt wird. Gegen Praktikantenstellen ist nichts einzuwenden, es bedingt allerdings, dass eine 100 %-Stelle angeboten wird, was nicht realistisch ist.

*SVP: E. Kohl:* Wie bereits in der November-Sitzung erwähnt, ist es wichtig, dass bereits bestehende Angebote, wie z. B. Mittagstisch, genutzt werden. Betreffend Wegbegleitung verzichten sowohl Bottmingen wie Reinach darauf. Bei verschiedenen Standorten ist dies ohnehin kaum mehr ein Argument. Was die Einlaufzeit anbelangt, fragt es sich, ob Betreuung für eine halbe Stunde wirklich notwendig ist. Schliesslich eine Anregung aufgrund eines erfolgreichen Modells aus Baden-Württemberg: es können auch fähige Mütter oder Väter bzw. Grossmütter- bzw. -väter rekrutiert werden. Diese Möglichkeit wäre immerhin prüfenswert.

*SP: V. Dubi* insistiert und stellt den Antrag, dass zumindest eine Einlaufzeit morgens geprüft wird. In Punkt 1 müsste demnach eingefügt werden: An den Betreuungsstandorten wird von Montag bis Freitag zwischen 07.30 und 08.00 Uhr sowie zwischen 12.00 und 18.00 Uhr eine durchgehende, den Unterricht ergänzende Betreuung angeboten werden.

*Kommissionspräsidentin S. Bräutigam* gibt zu bedenken, dass die meisten Kinder um 07.30 Uhr das Haus verlassen und in Gruppen zur Schule gehen. Dort spielen sie auf dem Pausenplatz. Kinder, die am Modul teilnehmen, würden davon ausgeschlossen, was problematisch ist.

*SVP: U.-P. Moos*: Wie es seine Fraktionssprecherin bereits erwähnte, verzichten Nachbargemeinden, welche das modulare System kennen, auf eine Einlaufzeit. Dies würde die Kosten enorm in die Höhe treiben.

*SP: B. Jost* entgegnet, dass diese Gemeinden den Kindergarten nicht mit einschliessen, wogegen die Spezialkommission dies klar will. Somit besteht nicht die gleiche Ausgangslage.

*CVP: K. Amacker*: Aus ihrer Sicht geht es um den grundsätzlichen Entscheid, ob eine Tagesschule oder die modulare Variante gewünscht wird. Bei letzterer ist eine Einlaufphase praktisch kaum machbar. Vorerst soll das Modell an zwei Standorten angeboten werden; die Kinder gehen aber an fünf verschiedenen Orten zur Schule. Damit müsste für eine halbe Stunde an allen Schulen eine Einlaufzeit geboten werden, was grosse Probleme verursacht.

**://: Der Ergänzungsantrag von V. Dubi bezüglich Einlaufzeiten von 07.30 - 08.00 Uhr wird mit 23 Nein, 14 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

**://: Dem Antrag von M. Ziegler (Integration des Fazits in den Beschlussantrag) wird mit 20 Ja, 16 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.**

Mit 23 Ja, 13 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: Der Einwohnerrat weist das Geschäft 'Einführung einer freiwilligen Tagesschule' unter folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurück:**

- 1. Dem Einwohnerrat ist ein modulares Betreuungsangebot an mindestens zwei Standorten zu unterbreiten, wobei das Schulhaus Meiriacker als Standort gesetzt ist. An den Betreuungsstandorten wird von Montag bis Freitag zwischen 12.00 und 18.00 Uhr eine durchgehende, den Unterricht ergänzende Betreuung angeboten.**
- 2. Das modulare Angebot soll allen Kindern des Kindergartens und der Primarschule offen stehen.**
- 3. Voraussetzung zur Nutzung des Angebots ist eine Mindestbuchung von zwei Mittags- und zwei Nachmittagsmodulen.**
- 4. Der Gemeinderat listet in der Vorlage Standorte, Räumlichkeiten und Kosten pro Standort detailliert auf.**

**Traktandum 2****Geschäft Nr. 192**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.4.2008:

**Revision von § 41 der Gemeindeordnung und § 25 des Finanzreglements**

*GRPK-Vizepräsident F. Dietiker:* In Absprache mit dem Büro wurde die Vorlage direkt an die GRPK überwiesen. Auf diese Weise wird Zeit gewonnen; denn eine Änderung von Gemeindeordnungs-Paragrafen macht eine Volksabstimmung notwendig. Die Beratung hat eindeutig ergeben, dass sich eine Anpassung aufdrängt. Das neue Vorgehen wird auch die Planungssicherheit für den Budgetprozess 2009 erhöhen. Mit dem vom Gemeinderat aufgezeigten Weg kann sich die Kommission einverstanden erklären. Die Einzelheiten finden sich im Bericht.

Eintreten:

*FDP: G. Metz* dankt für die ausgezeichnete Vorlage. Ein bewährtes Instrument, die so genannte Schuldenbremse, wird so modifiziert, dass es in Zukunft nicht zu extremen Steuersatz-Schwankungen kommen wird. Die Lösung ist wie die bisherige klar zu berechnen. In der GRPK wurde auch erwogen, ob die Höhe des Eigenkapitals in die Überlegungen einbezogen werden müssten. Dies würde aber unweigerlich zur jährlichen Diskussion betr. Bewertung desselben führen. Diesen Nachteil hat die vorliegende Lösung nicht. Den Anträgen wird seine Fraktion mit Überzeugung zustimmen.

*SVP: C. Schaub:* Aufgrund des Voranschlags 2008 ist klar ersichtlich, dass sich für die Jahre 2009 bis 2013 erhebliche Finanzierungsfehlbeträge ergeben. Daher ist die Schuldenbremse unverzichtbar. Es ist lediglich eine Lockerung zulässig, solange die 100 % Eigenfinanzierung erreicht werden. Die vier im Bericht aufgeführten Massnahmen allein reichen nicht aus, um den Selbstfinanzierungsgrad sicherzustellen. Auch die Vermögenslage der Gemeinde und das Eigenkapital müssen berücksichtigt werden. Der Selbstfinanzierungsgrad darf bei genügendem Eigenkapital ausnahmsweise unter 100 % sinken. Durch eine längerfristige Abschreibungsperiode erhöht sich das vorhandene Kapital. Die im Bericht aufgeführten Alternativen zu § 41 GO und dessen Ausgestaltung und Wirkungsweise müssen auch aus Investitionssicht überprüft werden. Andernfalls entsteht bereits im 2009 ein Fehlbetrag von 13 Mio. Franken. Damit würde auch § 41 verletzt. Die neu vorgesehene Ausnahmeklausel löst in der jetzigen Situation wenig Begeisterung aus; denn dieses Geld muss in den Folgejahren kompensiert werden. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats respektive der GRPK folgen.

*Grüne/EVP: M. Schmidli* dankt vorab für die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage. Wovon ihre Fraktion schon seit Jahren gewarnt hat, besonders zum Zeitpunkt des zweimal gesenkten Steuerfusses, trifft nun ein. Die geplanten Investitionen sind nicht nachhaltig finanzierbar. Im kommenden Jahr fehlen 13 Mio. und eine Steuerfusserhöhung auf 60 % wäre keine befriedigende Lösung. Der Gemeinderat hat verschiedene Varianten berechnet. Der beantragte Vorschlag überzeugt. Damit kann das Defizit im 2009 auf 2.2 Mio. reduziert werden. Dieser Betrag muss selbstverständlich durch eine Steuererhöhung oder Aufnahme von Fremdkapital gedeckt werden. Richtig erscheint es, dass das Finanzvermögen nicht zur Disposition steht, dieses dient einem andern Zweck. Es sollen auch keine rigorosen Sparmassnahmen vorgenommen und die Dienstleistungen beibehalten werden. Den Anträgen wird überzeugt zugestimmt.

*CVP: L. Metzger* bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten für die Bearbeitung dieses komplexen Problems. Eigentlich müsste nicht von einer Schuldenbremse in § 41 GO, sondern von einem Schuldenverbot gesprochen werden. Die vorliegenden Anträge werden unterstützt. Allerdings hätte seine Fraktion eine Lösung vorgezogen, welche die Vermögenslage der Gemeinde und die effektiven stillen Reserven berücksichtigt. Diesem Anliegen wurde in der GRPK leider nicht stattgegeben. Allenfalls wird zu einem späteren Zeitpunkt der Antrag zur Einführung einer angemessenen Anlagebuchhaltung gestellt. Die Gemeinde kann über eine so komfortable Lösung diskutieren, weil sie über einige sehr vermögende und somit starke Steuerzahler/innen verfügt. Die Situation könnte sich aber sehr bald ändern, wenn die Einwohner/innen weiterhin vom Fluglärm derart belästigt werden.

*SP: S. Zürcher:* Seine Fraktion hat bei der Erarbeitung der Gemeindeordnung bereits darauf hingewiesen, dass die Regelung in § 41 zu absurden Situationen führen wird. Tatsache ist, dass nicht mehr ausgegeben werden soll als eingenommen wird. Künftige Generationen sollen auch nicht nur einen Schuldenberg erben. In Anbetracht der grossen Investitionen werden Steuereffizienzanpassungen unvermeidlich sein. Die Begeisterung bei den bürgerlichen Ratsmitgliedern für das Instrument zur Selbstdisziplinierung bezüglich Schulden wird nicht geteilt aber akzeptiert. Daher wird seine Fraktion auch die Anträge zur Revision unterstützen.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *J. Saxer* freut sich über die Anerkennung. Dass an der Schuldenbremse im Grundsatz festgehalten werden soll, darüber herrschte weitgehend Einigkeit. Ziel war unter anderem, dass weiterhin eine nicht manipulierbare Regelung zu gelten hat. Zum Votum von *L. Metzger* ist festzuhalten, dass die Vermögenslage in jeder Jahresrechnung ausgewiesen wird. Selbstverständlich könnte für die Liegenschaften und das Land im Baurecht ein Verkehrswert veranschlagt werden. Gewonnen wird dadurch nichts, da die meisten Immobilien und das Land ohnehin nicht verkauft werden können. Die im 2000 beschlossene Regelung in der GO ist bereits im neunten Jahr wirksam. Nicht zuletzt dank dieser verfügt Binningen über eine immer noch sehr gute Finanzlage. Die Frage, ab welchem Zeitpunkt die Vorfinanzierungen beim Selbstfinanzierungsgrad gerechnet werden sollen, wurde damals schon heftig diskutiert. Der neue vorgeschlagene Modus wird auf den Selbstfinanzierungsgrad ausgleichend wirken. Dabei handelt es sich nicht um einen Trick. Selbst wenn die künftige Regelung auf die letzten acht Jahre angewendet wird, ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 %. Um bei Grossinvestitionen die Schwankungen etwas zu egalisieren, werden die Nettoinvestitionsausgaben von mehr als 10 Mio. beim Verwaltungsvermögen in Zukunft statt über 8 über 16 Jahre abgeschrieben. Das kostet allerdings auch Zinsen. Die Verwaltung erhielt den Auftrag, für 2009 ein ausgeglichenes Budget auszuarbeiten.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

**://:** 2.1 § 25 Absatz 2 des Finanzreglements vom 19. Februar 2001 wird wie folgt geändert:

<sup>1</sup> *(wie bisher)*

<sup>2</sup> *Für die Berechnung der Selbstfinanzierung errechnet sich der Cash Flow wie folgt:*

- a) Ergebnis der Laufenden Rechnung*
- b) plus ordentliche Abschreibungen*
- c) plus zusätzliche Abschreibungen*
- d) und e) fallen weg*

2.2 § 41 der Gemeindeordnung vom 23. August 1999 wird wie folgt geändert:

<sup>1 und 2</sup> *(wie bisher)*

<sup>3</sup> *Eine andere zeitliche Selbstfinanzierungsregelung gilt für Investitionen in das Verwaltungsvermögen mit einem Nettobetrag von mehr als zehn Millionen Franken. Diese müssen über einen Zeitraum von höchstens 16 Jahren aus eigenen Mitteln finanziert werden.*

<sup>4</sup> *Die 16 Jahre beginnen in jenem Rechnungsjahr, in dem zum ersten Mal eine Auszahlung zu Lasten des entsprechenden Investitionskredits erfolgt.*

<sup>5</sup> *Der Selbstfinanzierungsnachweis gemäss Absatz 3 ist jeweils mit der Jahresrechnung separat zu erbringen.*

<sup>6</sup> *Die Spezialfinanzierungen ihrerseits müssen mittelfristig ausgeglichen sein. [bisher Abs. 3]*



**Traktandum 3****Geschäft Nr. 134 A**

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.4.2008:

**Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 59'000.— für eine Weihnachtsbeleuchtung an der Hauptstrasse**Eintreten:

*FDP: J. Humbel:* Die Begeisterung für diese Vorlage hält sich in Grenzen. Zum einen kommt sie spät und führt zu Zugzwang. Alternativen zu den zugegebenermassen schönen Sternen, die angeschafft werden sollen, gibt es keine. Die Weihnachtsbäume der letzten zwei Jahre haben sich leider für Vandalismus anfällig gezeigt und fallen ausser Betracht. Die Anschaffung umfasst nur noch 23 Beleuchtungskörper - ursprünglich waren doppelt so viele gewünscht -, was möglicherweise etwas mager wirkt. Stolperstein ist jedoch Punkt 4 betr. spätere Ausbaumöglichkeit, nämlich eine zusätzliche Investition von rund 100'000 Franken, d. h. das Doppelte. Er geht davon aus, dass sich die Gemeinde auch daran beteiligen müsste. Trotz des Zeitdrucks stellt seine Fraktion den Antrag, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Sie soll die aufgetauchten Fragen, besonders wo noch Einsparpotenzial besteht, beantworten.

*Grüne/EVP: B. Gürler:* Diesem Geschäft gegenüber bestehen ambivalente Gefühle, doch überwiegt der Aspekt der Wohnlichkeit und die Schönheit der Sterne. Erfreulich ist, dass sie mit Strom sparenden Lampen bestückt werden. Daher wird der Kredit befürwortet. Aus Kostengründen wurden grosse Abstriche gemacht. Was bleibt ist eine Minimalvariante, wobei die Unterhaltskosten noch sehr hoch sind. Ihre Fraktion erklärt sich einverstanden, dass diese nochmals überprüft werden. Andererseits steht es einer der reichsten Gemeinden schlecht an, ein unattraktives Zentrum zu zeigen. Das Gewerbe hat seinerseits 40'000 Franken gesammelt. Es wäre schlecht, die Ausgabe von 59'000 Franken abzuweisen. Wird das Geschäft an die BPK überwiesen, so hofft sie, dass es schnell behandelt wird und die Weihnachtsbeleuchtung bereits nächsten Advent die Hauptstrasse verschönert. Nachdem zunehmend Einkaufsläden schliessen, ist ein positives Zeichen wichtig.

*CVP: A. Achermann* erklärt, dass seine Fraktion bereit ist, den Kredit zu bewilligen. Das Kosten / Nutzen-Verhältnis bewegt sich noch in vertretbarem Rahmen. Eine zusätzliche Beratung in der BPK wird nicht als zwingend erachtet. Wird damit erreicht, dass die Zweifler vom Nutzen überzeugt werden können, so stemmt sie sich nicht dagegen. Jedenfalls wird die Investition befürwortet.

*SVP: U.-P. Moos* findet es bedenklich, dass nach zweieinhalb Jahren seit Einreichung der Initiative kein besserer Beschlussantrag vorliegt. Es kann als Geringschätzung des Gewerbes bzw. gegenüber den 600 Unterzeichnenden des Begehrens interpretiert werden. Der Gemeinderat hat sein Versprechen nicht eingehalten und für 2007 eine definitive Lösung unterbreitet. Die relativ tiefen Kosten von 59'000 Franken täuschen nicht darüber hinweg, dass die jährlich wiederkehrenden Kosten von 29'000 Franken sehr hoch sind. Innert zehn Jahren ergibt dies eine unverhältnismässige Summe von rund 300'000 für eine bescheidene Sternbeleuchtung. Er ist überzeugt, dass die Gewerbetreibenden nochmals Geduld aufbringen, wenn letztlich eine befriedigende Variante vorliegt. Die Begründung, dass die Aufhängung nicht an separaten Masten oder den Fassaden möglich ist, ist auf ein Versäumnis des Gemeinderats im 1999 zurückzuführen. Er beschloss damals bei der Sanierung der Hauptstrasse, dass keine unterirdischen leeren Leitungen eingezogen werden, obwohl Gewerbetreibende anboten, die Rohre zum Selbstkostenpreis einzubauen. Diese Tatsache soll verschwiegen und nun mit hohen jährlichen Kosten kompensiert werden. Seine Fraktion ist einhellig der Meinung, dass besser einmalig mehr investiert werden soll, um dafür die hohen wiederkehrenden Kosten zu vermeiden. Diese Ausgabe kann innert kurzer Zeit amortisiert werden. Dies entspricht einer nachhaltigen Lösung. Das Geschäft ist an die BPK zu übergeben mit dem Auftrag, dass unbedingt beim Umbau des Kronenplatzes Reservestromleitungen verlegt werden.

*SP: T. Rehmann* gesteht, dass auch in ihrer Fraktion unterschiedliche Auffassungen zu dieser Frage herrschen. Das Motiv mit den drei Sternen ist nicht umwerfend originell. Die Weihnachtsbäume fanden z. T. besseren Anklang. Doch angeblich kommt diese Variante langfristig nicht in Betracht. Der Antrag, das Geschäft an die BPK zu überweisen, wird keinesfalls unterstützt. Wenn

überhaupt, dann eher an eine Spezialkommission. Selbstverständlich sind die wiederkehrenden Kosten sehr unerfreulich. Ihre Fraktion vertritt die Meinung, dass sich das Gewerbe mit 10 % daran beteiligen müsste, sei es in Form von Eigenleistungen oder von finanzieller Abgeltung.

*FDP: M. Ziegler* hörte aus den Voten heraus, dass grundsätzlich Konsens besteht und eine Weihnachtsbeleuchtung noch dieses Jahr installiert werden soll. Zu seriöser Parlamentsarbeit gehört, offenen Fragen nachzugehen. Diese können am schnellsten in einer bereits bestehenden Kommission geklärt werden. Er glaubt daran, dass es möglich ist, und die Hauptstrasse im nächsten Advent festlich beleuchtet sein wird.

*SP: S. Zürcher* wendet ein: was auch immer installiert wird, es entstehen Kosten. Bestimmt haben die Gewerbetreibenden, welche die Sterne aussuchten, eine mittlere Preislage gewählt. Auch eine Beratung in der BPK entbindet den Rat letztlich nicht von der grundsätzlichen Entscheidung, ob für eine Weihnachtsbeleuchtung Geld ausgegeben wird oder nicht. Die Aussage von U.-P. Moos, dass eine einmalige hohe Investition besser ist als jährlich wiederkehrende Ausgaben, ist trügerisch. Auch in bei dieser Ausführung fallen Folgekosten an für die Montage, Demontage usw.

*SVP: E. Kohl* betont, dass durchaus der Kredit gesprochen werden soll. Es geht aber darum, das Geld optimal einzusetzen. Die wiederkehrenden Kosten sind unumgänglich, halten sich aber vermutlich in erträglicherem Rahmen.

*CVP: K. Amacker* geht davon aus, dass es bei den Kosten nicht primär um technische Fragen geht, sondern vorwiegend um Personalaufwand für Montage/Demontage. Es macht wenig Sinn und führt nicht zum Ziel, die Ausgaben auf zehn Jahre hochzurechnen.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *C. Simon:* Was den Beschluss des Gemeinderats im Jahr 1999 betrifft, war er damals noch nicht in der Exekutive. Wie er jedoch von Kollege Saxer vernommen hat, wurde damals das Gewerbe angefragt. Aufgrund der hohen Kosten kam eine ablehnende Antwort. Im Zusammenhang mit dem Bau des Kreisels und dem letzten Abschnitt der Hauptstrasse werden die Hülsen nun jedenfalls verlegt. Die Initiative verlangt eine ansprechende Weihnachtsbeleuchtung beidseits der Hauptstrasse und dass die wiederkehrenden Kosten von der Gemeinde getragen werden. Es fanden diverse Zusammenkünfte mit dem Initiativkomitee statt. Das Resultat wurde in der Vorlage im 2006 in Form verschiedener Varianten präsentiert. Der Einwohnerrat bestand aber darauf, dass sich das Gewerbe massgeblich an den Kosten beteiligen müsse und wies das Geschäft zurück. Diese Forderung war in den verschiedenen Sitzungen stets der springende Punkt und der hauptsächliche Grund für die Verzögerung. Vor einem Jahr einigte man sich auf die vorliegende Variante. Dies bedingte viele technische Detailabklärungen, welche im Bericht dargelegt sind. Er hofft im Namen des gesamten Gemeinderats, dass der Kredit genehmigt wird und die Sterne im Dezember an der Hauptstrasse leuchten werden.

*FDP: P. Treuthardt:* Seines Wissens bezahlt das Gewerbe von Basel-Stadt die Beleuchtung selber, wobei ein direkter Vergleich mit Binningen nicht gemacht werden darf. Es interessiert ihn, wie andere Gemeinden im Baselbiet die Kosten aufteilen.

*SP: V. Dubi* fragt, ob bei einem allfälligen späteren Ausbau der Einwohnerrat erneut eine Vorlage zur Beschlussfassung erhalten würde.

*SVP: U.-P. Moos* hat sich in den Gemeinden Reinach, Oberwil und Riehen erkundigt, wie die Sache dort gehandhabt wird. Oberwil benötigt für die Installation von 43 Leuchtkörpern einen halben Tag. In Riehen werden sie an den Fassaden montiert, was in Binningen kaum machbar ist. Dort wird die Beleuchtung von Privaten montiert. Die Leuchtkörper wurden vom Schlosser und Elektriker zu einem Preis 333 Franken hergestellt. Die Gemeinde beteiligt sich daran mit ca. 50 Franken. Diese Variante senkt die Kosten erheblich. Dadurch könnten die Leuchtkörper bei Gewerbetreibenden ausserhalb der Binninger Hauptstrasse eingesetzt werden.

*Gemeindepräsident C. Simon* hält fest, was eine kleine Umfrage ergab: Muttenz, Biel-Benken und Münchenstein haben ein ähnliches Modell wie es Binningen vorsieht. Dort übernimmt die Gemeinde den grösseren Teil der Kosten, wie Montage/Demontage, welche der Werkhof vornimmt und nicht

genau beziffert werden kann. Ettingen erwägt auch eine Weihnachtsbeleuchtung und wird ebenfalls die Installation vornehmen. Therwil hat diesbezüglich nichts vorgesehen. Und auf die Frage von V. Dubi bezüglich weiterer Ausbau: Selbstverständlich würde das im Budget erscheinen oder direkt als ER-Vorlage. Das Gewerbe müsste sich ebenfalls wiederum daran beteiligen bzw. Sponsoren finden.

*SP: S. Zürcher* fragt, wie schnell die BPK arbeiten müsste, damit noch rechtzeitig für dieses Jahr bestellt werden könnte.

*C. Simon* Ende Juni sollte die Bestellung erfolgen. Wenn das Geschäft am 9. Juni beschlossen würde, müsste noch die 30-tägige Referendumsfrist abgewartet werden. Es dürfte knapp reichen.

**://: Mit 37 Ja bei 1 Enthaltung wird auf das Geschäft eingetreten.**

*SVP: U.-P. Moos:* Wie bereits erwähnt, hat er mit den Betroffenen Kontakt aufgenommen. Die Gewerbetreibenden wären bereit, schlimmstenfalls nochmals ein Jahr zu warten, wenn dann eine zufrieden stellende Lösung kommt.

Mit 20 Ja : 18 Nein wird beschlossen:

<b>://: Das Geschäft wird zur Überprüfung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.</b>
--

*SVP: M. Trautwein* erkundigt sich, welche BPK für das Geschäft zuständig ist, die bisherige oder die der neuen Legislatur. Bereits am 9. Juni ist die nächste Sitzung, was zu knapp sein dürfte.

Für *Präsident U. von Bidder* ist klar, dass dieses Geschäft noch von der bisherigen Kommission geprüft werden muss, welche noch bis zum 30. Juni im Amt ist.

*Gemeindepräsident C. Simon* erachtet es als machbar, dass die BPK kurzfristig eine Sitzung anberaumt.

## Traktandum 4

## Geschäft Nr. 193

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.4.2008:

### Gesundheitsförderung

*GRPK-Präsident F. Dietiker:* Das Produkt umfasst ein breites Dienstleistungsangebot. Gesundheitsförderung ist eine eigentliche Querschnittsaufgabe, welche viele Produkte tangiert. Aus diesem Grund gibt es etliche Schnittstellen mit entsprechendem Koordinationsaufwand. Seit 2006 wird mit Leistungsaufträgen gearbeitet, die verschiedene Produkte beinhalten. Im Sinne einer periodischen Überprüfung der Produkte beantragt die GRPK, dass der Gemeinderat sich mit dem Thema besonders befasst und das Augenmerk im kommenden Jahr auf die Vernetzung und Koordination der verschiedenen Angebote richtet.

### Eintreten:

*SP: V. Dubi:* Gerade in der heutigen Zeit ist Gesundheitsförderung ein wichtiges Anliegen. Stichworte dazu sind Bewegungsmangel, Übergewicht, Suchtverhalten wie Alkoholismus auch schon bei Jugendlichen, die stärkere Belastung durch die Umwelt sowie laufend Eliminierung von Erholungsflächen. Dies zwingt eine Gemeinde zu handeln, und in Binningen wird auch etliches getan. Die Prüfung darf keinesfalls zu einem Abbau führen. Es könnte durchaus Sinn machen, ein Gesund-

heitsförderungs-Konzept auszuarbeiten, wie es beim Kanton bereits vorhanden ist. Richtig ist es, wenn durch Vernetzung der vielen Angebote und Optimierung der organisatorischen Massnahmen Synergien und damit mehr Effizienz erreicht wird. Deshalb wird ihre Fraktion grossmehrheitlich dem Antrag zustimmen.

*SVP: U. Rediger* geht mit der Vorrednerin einig, dass eine nähere Betrachtung sinnvoll war, um Klarheit zu schaffen, wer macht was. Allerdings meint er, dass aufgrund der Arbeit der Subkommission und des vorliegenden Berichts bereits genügend Sensibilisierung vorhanden ist und keine weiteren Massnahmen oder die Schaffung einer zusätzlichen Koordinationsstelle notwendig sind. Er beantragt deshalb, den Antrag der GRPK zu streichen.

*SP: V. Dubi* stellt als Mitglied der Subkommission richtig, dass keineswegs die Absicht besteht, eine Stelle zu schaffen. Der Gemeinderat wird lediglich beauftragt, Bericht zu erstatten.

*SVP: U. Rediger* zieht seinen Antrag zurück.

Mit 25 Ja bei 8 Enthaltungen (bei 33 Anwesenden) wird beschlossen:

**://: Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat innerhalb eines Jahres Bericht betreffend eine koordinierte Gesundheitsförderung im Sinn der Empfehlungen der GRPK zu erstatten und Massnahmen aufzuzeigen.**

## Traktandum 5

**Gesch. Nr. 188**

Schriftliche Antwort des Gemeinderats vom 21.4.2008:

### **Interpellation SP: Was bezweckt das neue Reinigungskonzept?**

*SP: A. Braun* hat den Eindruck, dass der Gemeinderat die Sache durch die rosa Brille sieht. Die Begeisterung über das neue Reinigungskonzept hält sich beim Lehrkörper in Grenzen. Die längerfristigen Auswirkungen auf den Zustand der Gebäude müssen im Auge behalten werden. Im Herbst beabsichtigt der Gemeinderat, eine erste Überprüfung vorzunehmen und werden ggf. gewisse Anpassungen vorgenommen. Er wünscht, dass rechtzeitig bekannt gegeben wird, wann eine Rückmeldung abgegeben werden kann.

**Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.**

## Traktandum 6: Diverses

Anfrage U.-P. Moos, SVP: Verteilung der Freikarten von Kulturinstitutionen - Wie war es wirklich?  
Gesch. Nr. 204

*Gemeinderat M. Joset:* In Ergänzung zur letzten Antwort zum gleichen Thema hält der Gemeinderat fest, dass die früheren Publikationen betreffend Freikarten z. T. unter der Rubrik "Aus dem Gemeinderat" im Binninger Anzeiger erschienen sind und nicht explizit unter dem Titel "Gratis-Tickets". Eine grössere Anzahl Billette wurde jeweils vom Bird's Eye Jazz-Club zur Verfügung gestellt und sind im Januar und September 2005 separat publiziert worden. Wie bereits mehrfach erwähnt, wird nicht

Buch geführt über die Anzahl der eingegangenen Gratistickets. Dass dieses Jahr bereits sechsmal Freikarten veröffentlicht und mehr als 244 Billette an die Bevölkerung abgegeben wurden, ist nicht auf die Intervention von U.-P. Moos zurückzuführen, sondern hängt mit folgender Tatsache zusammen: Erstmals kaufte die Gemeinde im 2008 mit einem Teil der Subventionsgelder an das Basler Theater Karten für eine bestimmte Vorstellung, welche dann gratis der Bevölkerung abgegeben werden. Dies ist der Grund für die zunehmende Anzahl Publikationen. Die ausgewählten Vorstellungen werden im Binninger Anzeiger präsentiert. Die Karten finden reissenden Absatz; sie waren innert kürzester Zeit abgeholt. Etliche Interessierte, die keine Karte mehr erhielten, reagierten verärgert. Eine Publikation im Binninger Organ macht daher nur Sinn, wenn das Angebot eine gewisse Grösse umfasst. Der Gemeinderat wird sich bei einer kleineren Anzahl an Freikarten allenfalls ein anderes Vorgehen überlegen müssen. Einmal mehr sei betont, dass sich die Abgabe von Freikarten nicht an Insider richtet. Alle Einwohner/innen haben Zugang zum Binninger Anzeiger und somit zu Karten.